

A stylized map of Romania composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

# Wider die politische Gleichgültigkeit

## Die Straßenproteste in Rumänien und ihre Auswirkungen auf die Politik

**STEFANIE M. MOSER**  
März 2012

- In Rumänien wird seit Wochen demonstriert. Was als Protest gegen eine umstrittene Gesundheitsreform begann, hat sich schnell in eine Sammelbewegung gewandelt, die sich gegen eine Vielzahl von Missständen im Land richtet. Es ist das erste Mal seit der Wende, dass die Bürger in Rumänien spontan, landesweit und ausdauernd auf die Straße gehen. Im Fokus des Protests stehen die Spar- und Reformpolitik der Regierung sowie der Verfall der Demokratie. Die Demonstranten fordern den Rücktritt von Präsident und Regierung, ihre Kritik schließt aber auch die parlamentarische Opposition mit ein.
- Die Politik wurde von der Protestwelle unvorbereitet getroffen. Die Machthaber in Bukarest versuchten zunächst, die Proteste zu ignorieren, zeigten sich dann aber zu einer Vielzahl von Zugeständnissen bereit. Schließlich trat Anfang Februar die Regierung um Premierminister Emil Boc zurück. Das neue Kabinett unter Führung von Razvan Ungureanu steht allerdings nicht für einen politischen Kurswechsel. Der Austausch des Spitzenpersonals ist eher als Versuch der Schadensbegrenzung der Regierungsparteien mit Blick auf die bevorstehenden Lokal- und Parlamentswahlen zu verstehen. Auch die Reaktionen der Opposition zeugen von Nervosität und einer gewissen Überforderung. Ihre Bemühungen, sich an die Seite der Demonstranten zu stellen, waren nur von geringem Erfolg gesegnet.
- Wer im rumänischen Superwahljahr 2012 letztlich als politischer Gewinner oder Verlierer der Protestwelle hervorgehen wird, bleibt abzuwarten. Unabhängig davon haben die Demonstrationen jedoch ein wichtiges Zeichen gesetzt – gegen die Gleichgültigkeit der politischen Führung und die politische Apathie der Bevölkerung.

Rumänien, Ende Februar: Am Bukarester Universitätsplatz haben sich erneut Demonstranten zusammengefunden, ihr Protest geht bereits in die sechste Woche. Es sind mittlerweile zwar deutlich weniger Menschen auf der Straße als zu Beginn der Demonstrationen, doch in der rumänischen Politik hallt die Protestwelle immer noch nach. Am 6. Februar trat die Regierung unter Premierminister Emil Boc zurück. Für die Demonstranten ein Etappensieg, mehr aber auch nicht.

## Unerwartet, unorganisiert, vielschichtig – die Parameter des rumänischen Protests

Die Demonstrationen, die Rumänien seit Mitte Januar begleiten, fügen sich ein in die jüngsten Protestwellen in anderen europäischen Staaten und passen doch nicht so ganz ins Bild. Selbst auf dem Höhepunkt der Proteste waren in Rumänien nie mehr als ein paar Zehntausend Menschen auf der Straße, auf dem Bukarester Universitätsplatz, dem Nukleus der Demonstrationen, nie mehr als ein paar Tausend. Die in den europäischen Medien viel porträtierten gewalttätigen Ausschreitungen blieben ein Randphänomen. Die Randalierer wurden von Beginn an vom Gros der Demonstranten ausgegrenzt und verschwanden bereits nach zwei, drei Tagen von der Bildfläche. Für westliche Beobachter erscheint der Protest sogar verblüffend zivilisiert: Auf dem Universitätsplatz stellen sich die Demonstranten jeden Tag auf den Seiten des Platzes auf, breiten ihre Banner aus und skandieren ihre Parolen, in der Mitte fließt derweil unbehelligt der sechsspurige Verkehr der Hauptstadt.

Können solche Proteste die Politik das Fürchten lehren und eine Regierung zum Rücktritt bewegen? Ja, weil für Rumänien diese Art von demokratischer Willensäußerung in vielerlei Hinsicht ein Novum ist. Es sind natürlich nicht die ersten Demonstrationen, die das Land sieht, doch es ist das erste Mal seit der Wende, dass die Bürger spontan, unorganisiert und vor allem landesweit und ausdauernd auf die Straße gehen. Ausgelöst wurden die Proteste durch einen Gesetzesentwurf, den die Regierung direkt vor Weihnachten öffentlich machte und der eine grundlegende Reform und vor allem die weitgehende Privatisierung der Gesundheitsvorsorge in Rumänien vorsah, sowie durch den Rücktritt des beliebten Staatssekretärs Raed Arafat. Arafat hatte sich am 9. Januar in einer Fernsehsendung gegen die Privatisierungspläne der Regierung bei den Rettungsdien-

ten ausgesprochen, worauf Präsident Basescu sich per Telefon live in die Sendung einschaltete und Arafat beschimpfte, eine »öffentliche Psychose« zu verursachen. Einen Tag später trat Arafat zurück. Am 12. Januar gingen in Targu Mures, der Stadt in der Arafat 1990 den ersten Rettungsdienst gegründet hatte, mehrere Tausend Menschen auf die Straße. In den darauf folgenden Tagen breitete sich der Protest über ganz Rumänien aus.

Der Rücktritt Arafats bzw. die Pläne zur Gesundheitsreform waren aber letztlich nur das Ereignis, das den Stein ins Rollen brachte... Die Proteste entwickelten sich schnell zu einer Sammelbewegung, die sich gegen viele Missstände im Land richtet. Die Demonstranten kommen aus unterschiedlichen Generationen, sozialen Schichten und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Ihre Anliegen sind vielschichtig und heterogen. Im Mittelpunkt des Protests stehen jedoch zwei große Themen: Die Sparmaßnahmen und Sozialreformen der Regierung, einerseits, und der Verfall der Demokratie, andererseits.

## Im Fokus des Protests I: Das Spar- und Reformprogramm der Regierung

Betrachtet man die Maßnahmen, die die Regierung im »Kampf gegen die Krise« in den vergangenen zwei Jahren ergriffen hat, so mag sich manch einem die Frage aufdrängen, warum die Rumänen eigentlich erst jetzt auf die Straße gehen. Im Mai 2010 verordnete Präsident Traian Basescu Rumänien eine zu diesem Zeitpunkt in Europa einmalige Sparkur. Nach dem von ihm entworfenen Austeritätspaket wurden die Gehälter der öffentlichen Angestellten um 25 Prozent gekürzt, die Sozialleistungen pauschal um 15 Prozent. Eine ebenfalls vom Kabinett bereits beschlossene 15-prozentige Kürzung der Renten wurde durch das Verfassungsgericht gestoppt, dafür hob die Regierung Ende Juni 2010 jedoch die Mehrwertsteuer um fünf Prozentpunkte an, von 19 auf 24 Prozent. Das Sparprogramm traf die Bevölkerung in ihrer gesamten Breite, vor allem aber die mittleren und unteren Einkommensschichten. So fiel der Reallohn, d. h. das durchschnittliche Nettoeinkommen im Verhältnis zu den Konsumpreisen, innerhalb eines Jahres um 6 Prozent.

Was 2010 als Sparprogramm begonnen worden war, wurde 2011 durch Strukturreformen fortgesetzt. Neue Gesetze schränkten den Kündigungsschutz und andere

Arbeitnehmerrechte ein, außerdem beschneidet die Regierung die Rechte der Gewerkschaften im Sozialen Dialog empfindlich. Das System der Sozialleistungen wurde neu strukturiert, die Zahl der sozialpolitischen Programme reduziert und die Sozialhilfe restriktiver gehandhabt. Durch diese Maßnahmen sollen die Ausgaben für Sozialtransfers von bisher 2,9 auf 2 Prozent des BIP reduziert werden (der EU-Durchschnitt liegt bei 5 Prozent). Betrachtet man das Reformprogramm insgesamt, so vermittelt sich der Eindruck, dass es der Regierung nicht nur um eine krisenbedingte Eindämmung der Ausgaben, sondern um einen grundlegenden Umbau des Sozialstaats geht. Wobei dieser Umbau vor allem im Abbau von Leistungen und dem Rückzug des Staates aus der sozialpolitischen Verantwortung besteht. Auch die im Januar vorgestellte Gesundheitsreform fügte sich in dieses Bild ein.

Mehr noch als das Sparprogramm oder einzelne Reformmaßnahmen thematisieren die Proteste jedoch die allgemeine soziale Not im Land und vor allem auch die Gleichgültigkeit und Arroganz, mit der die politische Führung dieser begegnet. Denn die Krisen-Rhetorik der Regierung war und ist voll von Schuldzuweisungen, jedoch eher arm an Verständnis für die Sorgen der Bürger. So hatte zum Beispiel die Regierung die Kürzungen der Sozialleistungen damit gerechtfertigt, dass es in Rumänien eine weitverbreitete Kultur der »Nicht-Arbeit« gebe, die es zu bekämpfen gelte. Der Präsident wies Kritik an den sozialen Folgen seines Sparkurses damit ab, dass der »Staat nicht für jeden Bürger sorgen könne« und wer das fordere, »den Kommunismus« wolle. Präsident Basescu war im Wahlkampf 2009 noch mit dem Motto »*sa traiti bine*« (»auf das Ihr gut lebt«) angetreten – ein Slogan, der sich nun in der ironischen Abwandlung »Lebt ihr gut?« auf vielen Demonstrationsplakaten wiederfindet.

## Im Fokus des Protests II: Der Verfall von Demokratie und politischer Kultur

Ebenso wie aus den sozialen Problemen speist sich der Protest jedoch auch aus der Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen im Land. Die Demonstranten prangern einen Verfall der Demokratie und der politischen Kultur in Rumänien an und machen hierfür den Präsidenten, die Regierung, aber auch die Opposition verantwortlich.

Es sind altbekannte Themen wie die politische Korruption, die im Fokus der Kritik der Straße stehen, aber auch konkrete Initiativen der Regierung, etwa die umstrittene Entscheidung, die Lokalwahlen mit den Parlamentswahlen 2012 zusammenzulegen. Ein entsprechendes Gesetz wurde von Premierminister Boc kurz vor Weihnachten gegen starken Widerstand von Opposition und Zivilgesellschaft mittels des Stellens der Vertrauensfrage durchs Parlament gedrückt. Die Regierung argumentierte, dass sich durch eine Zusammenlegung der ursprünglich für Juni geplanten Lokalwahlen mit den Ende des Jahres anstehenden Parlamentswahlen Kosten in Millionenhöhe einsparen ließen. In den Augen der Opposition handelte es sich jedoch um ein wahltaktisches Manöver, von dem sich die regierenden Liberaldemokraten der PD-L Vorteile an den Wahlurnen versprechen. Auch die Zivilgesellschaft kritisierte die Entscheidung als willkürlich und undemokratisch. Die Frage landete schließlich vor dem Verfassungsgericht. Dessen Entscheidung stand für Mitte Januar an, wurde dann aber – wohl auch unter dem Eindruck der kurz zuvor begonnenen Proteste – um eine Woche verschoben. Schließlich erklärte das Verfassungsgericht die Zusammenlegung der Wahlen Ende Januar für verfassungswidrig – eine Entscheidung die in Medien und Öffentlichkeit als ein Sieg der Demonstranten gewertet wurde, gilt doch das Verfassungsgericht als der Regierung und dem Präsidenten sehr nahe stehend.

Die Verabschiedung des Wahlgesetzes verweist noch auf einen anderen Trend der Regierung, der von vielen Beobachtern sehr kritisch bewertet wird: der exzessive Einsatz der Vertrauensfrage durch den Premier und die dadurch zunehmende Marginalisierung des Parlaments im Gesetzgebungsprozess. Premierminister Emil Boc stellte die Vertrauensfrage in seiner dreijährigen Amtszeit allein 14 Mal<sup>1</sup>. Viele umstrittene Gesetze, u. a. auch die bereits genannten sozialpolitischen Reformen, wurden auf diese Weise erlassen. Hinzu kommt, dass man in den vergangenen Jahren den Eindruck gewinnen konnte, dass die Gesetzesinitiative zu einem Vorrecht des Präsidenten geworden ist. So entstanden fast alle großen Reformpläne der jüngsten Zeit im Präsidialpalast. Die Rolle der Fachministerien beschränkte sich meist darauf, die von der Präsidialverwaltung entwickelten Gesetze nur noch formell ins Parlament einzureichen.

1. Davon neun Mal unter der aktuellen Regierung aus Liberaldemokraten (PD-L) und Ungarnverband und fünf Mal unter der Vorgängerregierung (Dezember 2008 – Oktober 2009), die ebenfalls von Emil Boc geführt und von Liberaldemokraten (PD-L) und Sozialdemokraten (PSD) gebildet wurde.

Laut Verfassung hat der Präsident keine Befugnisse im Bereich der Gesetzesinitiative, mehr noch, seine Prärogativen beschränken sich vornehmlich auf die Führung der Außenpolitik. Präsident Basescu hat in seiner nunmehr 7-jährigen Amtszeit jedoch seine Rolle im politischen System immer sehr frei interpretiert – und in den Augen vieler dabei die verfassungsmäßigen Grenzen seines Amtes regelmäßig überschritten. Die Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten ist denn auch zum wichtigsten Schlachtruf der Demonstranten geworden.

Allerdings richtet sich der Protest der Straße nicht nur gegen die aktuellen Machthaber, sondern interessanterweise auch gegen die Opposition. So taucht auf den Plakaten der Demonstranten immer wieder eine Gleichung auf: »PD-L = USL<sup>2</sup> = *aceeasi mizeria*« (PD-L = USL = das gleiche Elend). Oppositionspolitiker, die versuchten, sich unter die Demonstranten zu mischen, wurden ausgebuht und vertrieben. Denn auch wenn die Opposition Präsident Basescu spätestens seit seiner Wiederwahl zu ihrem politischen Feind Nummer eins erklärt und sich immer wieder gegen die Spar- und Reformpolitik der Regierung ausgesprochen hat, sehen die Demonstranten die Oppositionsparteien nicht als glaubhafte Alternative zu den jetzigen Machthabern. Hierbei mag auch eine Rolle spielen, dass im vergangenen Jahrzehnt die Macht zwischen den großen politischen Formationen Rumäniens, den Sozialdemokraten (PSD), den Liberaldemokraten (PD-L) und den Nationalliberalen (PNL), mehrfach wechselte, in der Wahrnehmung der Menschen die grundlegenden Probleme der rumänischen Politik – Korruption, mangelnde Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgern, Vetternwirtschaft, Intransparenz – jedoch eine Konstante geblieben sind.

Schließlich, und auch das ist ein eigentümlicher Zug der Proteste, thematisieren die Demonstranten auch die politische Apathie der rumänischen Bevölkerung und damit letztlich ihr eigenes Scheitern, die Masse zu mobilisieren. »Wir demonstrieren, Ihr sitzt vor dem Fernseher« lautet das leicht sarkastische Resümee auf den Plakaten. Und in der Tat bleibt es ein Merkmal der Proteste, dass zwar nur eine kleine Gruppe auf die Straße geht, ihre Kritik jedoch offensichtlich der Mehrheit der Rumänen aus dem Herzen spricht. So erklärten 81 Prozent der Rumänen in einer Umfrage Ende Januar, die Demonstrationen seien

eine gute Sache. Der Umstand, dass sie für Viele sprechen, aber Wenige bleiben, ist die Stärke und gleichzeitig die Schwäche der neuen Protestbewegung.

## Die Reaktion der Regierung: Schweigen, Beschwichtigung und Personalwechsel

Die Regierung wurde von den Straßenprotesten unvorbereitet getroffen. Die Machthaber waren zunächst im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos. Erst am vierten Tag der Proteste äußerte sich Premier Boc, der Präsident benötigte fast zwei Wochen, bis er zu den fortdauernden Demonstrationen öffentlich Stellung nahm. Ganz im Gegensatz zum Schweigen der politischen Führung stand jedoch ihr hektisches Handeln. Bereits am zweiten Tag der Demonstrationen rief Basescu die Regierung auf, das umstrittene Gesundheitsgesetz zurückzuziehen (nicht ohne einen sarkastischen Verweis darauf, dass »sehr viele offensichtlich mit dem aktuellen Gesundheitssystem zufrieden« seien). Wenige Tage später überzeugte er den zurückgetretenen Staatssekretär Raed Arafat, ins Gesundheitsministerium zurückzukehren. Zurücktreten mussten dafür andere. Am 23. Januar wurde Außenminister Teodor Basconschi aus seinem Amt entlassen, nachdem er die Demonstranten in seinem Blog als »gewalttätigen und plumpen Pöbel« beschimpft hatte. Und schließlich erklärte am 6. Februar Premierminister Boc den Rücktritt der gesamten Regierung. Er wolle, so der Premier, mit diesem Schritt die »soziale und politische Lage im Land entschärfen«.

Als Entschärfungs- bzw. Beschwichtigungsversuch ist letztlich wohl die gesamte Liste der »Zugeständnisse« der Regierung an die Adresse der Demonstranten zu verstehen. Sie zeugt von der Nervosität der politischen Führung, dem Bemühen um Schadensbegrenzung angesichts der bevorstehenden Wahlen, nicht aber von der Bereitschaft zu einem Kurswechsel. Dies machte der Antritt der neuen Regierung am 8. Februar deutlich. Zwar führt mit Mihai Razvan Ungureanu, früherer Außenminister und zuletzt Chef des rumänischen Auslandsgeheimdienstes, nun ein Parteiloser die Regierung, doch Ungureanu gilt dem Präsidenten gegenüber als loyal. Die PD-L besetzte alle ihre Ministerien neu, doch die scheidenden Minister wurden zum Großteil durch ihre Staatssekretäre ersetzt. Auch das ist als ein Zeichen der Kontinuität zu werten. Und auch der Präsident hat mittlerweile deutlich gemacht, dass er seinem Kurs treu

2. Die sozialliberale Union (USL) ist eine Wahlallianz der parlamentarischen Opposition aus Sozialdemokratischer Partei (PSD), Nationalliberaler Partei (PNL) und der kleinen Konservativen Partei (PC).

bleiben will: er habe an seinem Verhalten nichts zu verändern, erklärte Basescu bei seiner Ansprache zu den Protesten. Und seinen bisherigen Premier verabschiedete er mit den Worten, die Bevölkerung werde die Reformen schon noch verstehen.

### Die Reaktion der Opposition: Der schwierige Versuch einer Annäherung

Die Opposition tut sich mit den Protesten ebenfalls nicht leicht. So warteten auch die Führer von PSD und PNL zunächst ab und erklärten sich erst nach den ersten Protesttagen mit den Demonstranten und ihren Zielen solidarisch. Und ähnlich wie bei der Regierung folgte auf das anfängliche Schweigen eine Phase der hektischen Bemühungen, aus der Defensive in die Offensive zu kommen und sich an der Seite der Protestierenden zu positionieren. So organisierte die Sozialliberale Union (USL), die Wahlallianz aus PNL, PSD und der kleinen konservativen Partei (PC), eine Woche nach Beginn der Proteste eine eigene Kundgebung in der Hauptstadt, die aber in räumlicher Entfernung zum Universitätsplatz und damit zum Zentrum der Straßenproteste stattfand – wohl auch ein Ausdruck für die Verunsicherung, wie die »unorganisierten« Demonstranten auf die »organisierten« reagieren würden. Als nächstes bemühte sich die Opposition, einen neuen Pakt mit der Zivilgesellschaft zu schließen. In einem Schreiben an mehrere Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) bot die USL an, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und den Non-Profit Sektor durch eine »solide und transparente« staatliche Finanzierung zu fördern. Die Initiative ging jedoch nach hinten los. Führende Medien werteten sie als Versuch der USL, sich die Unterstützung der Zivilgesellschaft zu kaufen. Auch das Gros der umworbenen NROs reagierte ablehnend. Zwar sei eine stärkere öffentliche Förderung der Zivilgesellschaft wichtig, doch das von der USL unterbreitete Angebot sei »schlecht getimed« und »unmoralisch«.

Schließlich beschloss die Opposition Ende Januar, in einen parlamentarischen »Streik« zu treten. Seit dem 1. Februar nehmen die Abgeordneten der PSD, der PNL und der PC weder an Abstimmungen im Plenum, noch an Ausschusssitzungen teil. Dadurch solle ein klares Zeichen gegen den Machtmissbrauch durch die Regierung gesetzt und vorgezogene Neuwahlen provoziert werden – eine zentrale Forderung der Demonstranten. Die

Wirkung des Streiks ist allerdings umstritten. So bereitet der Streik der Koalition zwar offensichtlich Schwierigkeiten, das zur Verabschiedung von Gesetzen notwendige Quorum an allen Sitzungstagen sicherzustellen. Der Umstand, dass die Koalition bereits zwei Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Boc die neue Regierung im Parlament bestätigen konnte, zeigt jedoch, dass die Regierungsfractionen weiterhin in der Lage sind, wenn es darauf ankommt, die notwendigen Stimmen zu organisieren. So dürfte der Streik wohl auch eher zu einer Verzögerung der Umsetzung des Arbeitsprogramms der Regierung führen, nicht aber zur Blockade der Regierung oder gar zu deren frühzeitiger Aufgabe. Auch in der Öffentlichkeit ist der Streik umstritten. Laut einer kürzlich veröffentlichten Umfrage sieht die Mehrheit der Rumänen (60 Prozent) den Streik als schädlich für das Land an. Die parlamentarische Opposition tut sich offensichtlich schwer damit, politischen Profit aus den Protesten zu ziehen.

### Vorausschau: Was bleibt vom »rumänischen Winter« der Proteste?

Die Reaktionen der Politik zeigen, dass die neue Protestbewegung das politische Establishment insgesamt – Regierung wie Opposition – verunsichert, in Teilen auch überfordert hat. Auch aus diesem Grund sind die Schockwellen, die die Mobilisierung der Strasse in der Politik provozierte, immer noch zu spüren. Aber was bleibt vom »rumänischen Winter«? Können die Proteste die politische Agenda Rumäniens beeinflussen? Und werden sie zu einem wichtigen Faktor im rumänischen Superwahljahr 2012 werden?

Die Proteste haben das politische Establishment zweifelsohne sehr nervös gemacht. Doch ob sie die Wahlchancen der einzelnen Formationen verändert haben, ist noch offen. Denn die Protestwelle hat bisher keine eindeutigen politischen Gewinner oder Verlierer produziert. So fiel die Regierungspartei PD-L auf dem Höhepunkt der Proteste Ende Januar in einer IMAS<sup>3</sup>-Umfrage zwar auf ein neues Rekordtief von knapp 16 Prozent (Dezember 2011: 21,5 Prozent), doch konnte sie sich nach dem Rücktritt Emil Bocs und der darauf folgenden Kabinettsumbildung im Februar offensichtlich bereits etwas

3. IMAS, CCSB und CSOP gehören zu den führenden Meinungsumfrageinstituten in Rumänien. Sie führen regelmäßig Wählerbefragungen durch.

erholen und liegt in den aktuellen CCSB<sup>3</sup>- bzw. CSOP<sup>3</sup>-Umfragen bereits wieder bei 18 bzw. 20 Prozent. Mit Blick auf die USL bieten die Umfragen ein sehr uneinheitliches Bild: Während die parlamentarische Opposition bei IMAS und CCSB von den Protesten profitiert und jetzt bei 54 bzw. 57 Prozent liegt (Dezember 2011: 49 Prozent), stagniert die USL in den Umfragen von CSOP im Januar wie Februar knapp unter 50 Prozent. Insgesamt sollten alle Umfragewerte jedoch mit Vorsicht betrachtet werden. Denn die Parteienlandschaft befindet sich auch jetzt im Wahljahr noch in Bewegung. So hat die PD-L jüngst erklärt, ihr Projekt der Bildung einer breit angelegten, rechtsorientierten Allianz unter Mitwirkung verschiedener politischer Formationen noch im Verlauf des Frühjahrs realisieren zu wollen. Des Weiteren gibt es Unbekannte, wie die erst im vergangenen Jahr gegründete »Volkspartei« (*Partidul Popular* – PPDD) von Dan Diaconescu, Besitzer des Fernsehkanals OTV, der die Wähler in aktuellen Umfragen zwischen 10 und 18 Prozent geben und damit Platz 3 bei den Wählerpräferenzen belegt. Unterm Strich bleibt die Tatsache, dass die Chancen der Opposition auf einen Machtwechsel 2012 sehr gut stehen – das war jedoch auch bereits vor Beginn der Demonstrationen der Fall.

Aber können die Proteste den Kurs Rumäniens in der Spar- und Reformpolitik verändern? Zumindest kurzfristig ist nicht von bedeutenden Kurskorrekturen auszugehen. Zwar stellte Premier Ungureanu bereits kurz nach seinem Amtsantritt eine leichte Anhebung von Löhnen und Pensionen in Aussicht – doch diese Maßnahmen dürften wohl eher unter der Kategorie »Wahlgeschenke« zu verbuchen sein. In den grundlegenden Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik orientiert sich die neue Führung am Kurs der alten. So hat der neue Premier auch direkt erklärt, das Regierungsprogramm seines Vorgängers fortführen zu wollen. Ein Wahlsieg der Opposition bei den Parlamentswahlen würde sicherlich zu programmatischen Korrekturen führen. So hat die Opposition bereits angekündigt die Flattax durch ein dreistufiges Einkommensteuersystem zu ersetzen und die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel auf 9 Prozent zu senken. Doch auch eine USL-Regierung dürfte

keinen grundlegenden Kurswechsel einläuten. Dagegen sprechen sowohl die Verpflichtungen, die das Land im Rahmen von Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds sowie der Europäischen Union eingegangen ist, als auch der Umstand, dass mit der PNL zumindest eine Partei der Allianz einem sehr liberalen politischen Programm verschrieben ist.

Und trotz dieser eher skeptischen Einschätzungen sollte die Wirkung der Protestbewegung insgesamt nicht unterschätzt werden. Vor allem kann die Demonstrationswelle der Idee des friedlichen Protests der Bürger als Form der demokratischen Willensäußerung neue Legitimität verleihen. Das ist wichtig in einem Land, in dem die Idee des Protests noch immer vor allem mit den traumatischen Erinnerungen an die Revolution 1989 und ihre Opfer sowie die blutige Niederschlagung der Studentenproteste 1990 im Kontext der Mineriaden verbunden ist. Die jetzigen Demonstrationen haben ein neues Bild geprägt. Das ermutigt andere, ihre Anliegen auf die Straße zu tragen. Dieser Lerneffekt zeigte sich bereits in den vergangenen Wochen. So mobilisierten die europaweiten Anti-Acta-Demonstrationen auch in Rumänien mehrere Tausend Menschen. Zwar waren es weniger als in anderen EU-Ländern – doch allein die Tatsache, dass ein Thema, das bisher innenpolitisch kaum Öffentlichkeit erfahren hat, junge Menschen landesweit auf die Straße bringt, wäre bis vor kurzem in Rumänien kaum vorstellbar gewesen.

Die Demonstrationen sind ein Zeichen gegen den Rückzug der Bürger aus der Demokratie. So verbindet sich mit dem »Winter der Proteste« die Hoffnung, dass er in einen Frühling des neuen politischen Selbstbewusstseins der Bürger mündet. Und dass aus diesem Selbstbewusstsein heraus langfristig auch Antworten auf die sozialen und politischen Herausforderungen formuliert werden können, die das Land seit vielen Jahren begleiten, jetzt in der Krise aber noch akuter in Erscheinungen treten. »Ich demonstriere, also bin ich« steht auf dem Plakat einer Demonstrantin. Der Kampf gegen die politische Gleichgültigkeit hat gerade erst begonnen. Doch ein Anfang ist gemacht.



### Über die Autorin

**Stefanie M. Moser** ist Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-081-7